

Thema: Antrag auf Austritt aus dem freien Zusammenschluss von studentInnen-schaften e.V. (fzs) zum nächstmöglichen Zeitpunkt

AntragsstellerInnen: Die PARTEI

Der Studierendenrat möge beschließen:

1. Den Austritt auf dem freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften e.V. (fzs) zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Begründung:

Seit Beitritt der Verfassten Studierendenschaft zum fzs, der am 8. Februar 2012 im SR besiegelt wurde, hat sich sowohl die Arbeit des fzs, auch als die Zusammensetzung der studentischen Gremien an der Uni Bremen erheblich verändert. Die grundsätzlichen Diskussionen über die Sinnhaftigkeit der kostenintensiven Zugehörigkeit in den Reihen des AStA sind stets mehr oder minder ohne konkrete Ergebnisse im Sand verlaufen, selbiges gilt für die ausufernden Auseinandersetzungen im SR – eine eigene Meinung dürften sich darüber hinaus mittlerweile alle gebildet haben, die sich nur im Entferntesten mit Hochschulpolitik beschäftigen. Die heute zu erwartende wie seltsame Vollständigkeit des SR eröffnet die Möglichkeit, nicht nur eine grundsätzlichen Debatte anzustoßen, wie allzu oft in der jüngeren Vergangenheit geschehen, sondern diese auch mit konkretem Ergebnis abzuschließen. Eine solche Überprüfung der „demokratisch-parlamentarischen Grundlage“, auf der die Mitgliedschaft der Verfassten Studierendenschaft im fzs beruht, kann sicherlich keine Liste, die sich den Interessen eben dieser Studierendenschaft vertreten fühlt, ablehnend gegenüber stehen.

Die Kritik am fzs teilt sich in zwei wesentliche Bereiche. Einerseits wird die politische Ausrichtung und die politische Arbeit des fzs kritisiert, andererseits die unzweifelhaft massiven Kosten für den Erhalt der Mitgliedschaft und die umfangreiche Partizipation am Vereinsgeschehen.

1. Für die Mitgliedschaft selbst fallen demnach jedes Jahr rund 16.000 Euro an, hinzu kommen die Kosten für eine Beauftragung/ein Referat, die/das sich vornehmlich der Vernetzung mit dem fzs widmet. Darüber hinaus müssen Fahrtkosten für Veranstal-

tungen aufgebracht werden, wodurch sich die tatsächliche Summe, die bislang und voraussichtlich auch in den folgenden Jahren aufgebracht werden muss, auf deutlich über 20.000 Euro beläuft. Wirkt der prozentuale Anteil dieser Summe an insgesamt zur Verfügung stehenden AStA-Beiträgen auch relativ gering, wäre mit den Geldmitteln ein umfangreicher Ausbau der direkten Unterstützung der Studierenden vor Ort möglich; so ließen sich z. B. studentische Projekte in größerem Maße fördern, die Servicebereiche ausbauen, die Regelungen für Autonome Referate verbessern, andere Studierendenschaften, direkt und unkompliziert unterstützen etc. So stellt sich die Frage: Ist es im Interesse der Studierendenschaft, die vorhandenen Mittel in die Arbeit des fzs zu „investieren“ oder für konkrete Ideen zu verwenden, an deren Ausarbeitung und Verwirklichung die Studierenden direkt teilhaben können? In unseren Augen übersteigen die Ausgaben für die Mitgliedschaft im fzs jede tolerierbare Grenze für „ergebnisoffene“ Projekte, deren Resultate, wenn vorhanden, nach unseren Erfahrungen neunundneunzig Prozent der Studierenden ein Rätsel bleiben – und demnach für die Lebenswirklichkeit auf dem Campus keine Rolle spielen.

2. Die politische Ausrichtung des fzs wird regelmäßig von den „parteilichen Karrierewegen“ ihrer Mitglieder überschattet. Im November wechselte der fzs-Vorstand Erik Marquardt, mitten in der Legislatur, in den Bundesvorstand der Grünen Jugend und ist seitdem Bundesgeschäftsführer der Organisation. Ähnliches war in der Vergangenheit zu beobachten, dass sich daran kurzfristig etwas ändert, ist nicht abzusehen. Dieser Eindruck ergibt sich nicht nur Außenstehenden, wie der kürzliche Rücktritt (15. Dezember 2013) der Frauenbeauftragten des fzs, Franziska Hilbrandt, deutlich gemacht hat. In einer Erklärung dazu schreibt sie:

„Im letzten Dreivierteljahr hat der sogenannte fzs mir umfassend verdeutlicht, dass es hier schon sehr lange – und zunehmend immer mehr – nicht mehr um basisorientierte Vertretung der Mitgliedsstudierenden geht oder darum, mit inhaltlichen Positionierungen und Kampagnen tätig zu werden und dafür bestehende Vernetzungs- und Arbeitsstrukturen zu nutzen und weiter auszubauen. Stattdessen werden diverse Intrigen und Machtspielchen unter Instrumentalisierung aller verfügbaren Kapazitäten nur mit dem Ziel vorangetrieben, parteipolitische Interessen oder persönliche Egotrips zu befeuern. Die Vorwürfe der Vetter- bzw. Basenwirtschaft, der Klüngelei und der Erhöhung von Partizipationshürden finden ihre Bestätigung in jeder einzelnen Sitzung jedes einzelnen Verbandsgremiums.“

Tatsächlich erweckt der fzs den Eindruck, vor allem ein Papiertiger zu sein. Aus politischen Gesichtspunkten sind die Auffassungen des fzs zwar selten in großem Maße kritikwürdig, dass der Verein aber in wesentlichem Umfang an den praktischen Verbesserungen von Studienbedingungen beteiligt ist, darf bezweifelt werden. Er spielt natürlich eine Rolle als Geld-

geber – unsere wie andere Studierendenschaften sind aber nicht auf einen Finanzvermittler angewiesen. Einen weiterhin aktuellen Kritikpunkt stellt die geringe Zahl an Studierendenschaften dar, die sich am fzs beteiligen. Momentan sind das weniger als 90, mit einer Fokussierung auf Süddeutschland und nur geringer Vertretung in den „Neuen Bundesländern“. Insgesamt existieren in Deutschland über 400 Hochschulen. Eine „Vertretung auf Bundesebene“ ist damit illusorisch.

3. Viele der genannten Kritikpunkte sind bereits seit langem bekannt und ausreichend diskutiert. Für uns als Antragsteller hat dennoch die jüngste Entwicklung dazu beigetragen, dass sich unsere kritische Haltung gegenüber dem fzs zu schierer Ablehnung entwickelt hat. Eine wesentliche Rolle spielte dabei, neben der „merkwürdigen“ Doppelrolle des aktuellen fzs-Vorstands/Vernetzungsbeauftragten des AStA, die Umstände der am kommenden Wochenende in Bremen stattfindenden Mitgliederversammlung des fzs. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, lehnen wir nicht die politischen Positionen des fzs ab, weshalb wir keinen grundsätzlichen Bedarf sahen, entschieden gegen die Veranstaltung selbst einzutreten. Bei der entsprechenden Abstimmung im AStA, in deren Rahmen über die „Austragung“ der Mitgliederversammlung in Bremen entschieden wurde, hatten wir uns dennoch gegen die Veranstaltung ausgesprochen. Ursächlich war der Wunsch der fzs-Befürworter, auch die Finanzierung in mittlerer, vierstelliger Höhe mitzutragen. Erst, nachdem uns zugesichert wurde, über eine Kostenbeteiligung von Seiten des AStA zu einem späteren Zeitpunkt erneut abzustimmen, nämlich nach Erstellen eines Kostenvoranschlags, haben wir uns teilweise enthalten und eine „Austragung“ so ermöglicht. Die Möglichkeit, eine Mitgliederversammlung ausschließlich über den fzs selbst zu finanzieren, wurde dabei bejaht.

Nach mehrmaligen Nachhaken unsererseits, unter Verweis auf den baldigen Termin der Mitgliederversammlung, und unser Drängen, endlich einen Kostenvoranschlag einzubringen, wurde Anfang Februar von Seiten der fzs-Befürworter, mit Verweis auf ein ungenaues Protokoll, die Behauptung aufgestellt, dass zum Zeitpunkt der Befürwortung der Austragung auch über die Finanzierung abgestimmt worden war. Auch von Seiten von AStA-Mitgliedern der Hochschulpiraten wurden die fzs-Befürworter bezichtigt, die Unwahrheit zu sagen, dennoch wurde an dieser Aussage festgehalten. Erst nach ausführlichen Diskussionen, die sich über zwei AStA-Sitzungen hinweg fortsetzten, lenkten die fzs-Befürworter schließlich ein. Entgegen der Absprachen wurde jedoch kein Kostenvoranschlag vorgelegt, sondern in einer AStA-Sitzung, in der die fzs-Befürworter aufgrund des weitestgehenden Fernbleibens von „Opposition“ die Mehrheit auf sich vereinen konnten, „durchgestimmt“. Die Abwesenheit von drei AStA-Mitgliedern unserer Liste war der Klausurenphase geschuldet, mit der Durchführung der Abstimmung hatten wir, da ein Kostenvoranschlag nicht vorgelegt worden war, nicht gerechnet. Unser in der darauffolgenden Sitzung eingebrachte Antrag,

über die Finanzierung im Rahmen dieser SR-Sitzung abzustimmen, scheiterte, da die fzs-Befürworter die Sitzung verließen, um eine Beschlussfähigkeit herbeizuführen. Unser Wunsch, den Antrag im SR zu behandeln, hatte zusätzlich den Hintergrund, dass wir die Finanzierung einer Mitgliederversammlung als externe Zuwendung betrachten, die bei einem Beitrag von über tausend Euro im SR behandelt werden muss. Die fzs-Befürworter lehnten diese Sichtweise ab. Die Rechtsstelle der Universität Bremen äußerte in einem persönlichen Gespräch, dass unsere Sichtweise tendenziell ihrer Auffassung entspräche – eine tatsächlich relevante, schriftliche Beurteilung konnte aufgrund der knappen Zeitspanne bis zu dieser SR-Sitzung aber noch nicht ausgearbeitet werden. Es ist aber bereits festzustellen, dass es sich um einen Grenzfall handelt. Dass die fzs-Befürworter die offensichtliche Lage nicht von sich aus zum Anlass genommen haben, die Finanzierung im SR zu behandeln, gibt einen zweifelhaften Einblick in ihr Verständnis von Mitbestimmung.

Aufgrund der dargelegten Kritikpunkte am fzs und dem äußerst zweifelhaften Umgang des AStA mit seinen Finanzmitteln im Zusammenhang mit dem fzs, sehen wir uns daher gezwungen, das tatsächliche Interesse an einer Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Sicherlich ist unsere Ablehnung auch durch persönliche Erfahrungen gewachsen, wir hoffen dennoch, die Diskussion um den fzs mit diesem Antrag erneut anstoßen zu können. Wir gehen davon aus, dass unser Antrag nur eine geringe Chance auf Bestätigung hat, möchten aber in erster Linie erreichen, dass alle beteiligten Listen klar Stellung zum fzs nehmen, auch da der fzs im Wahlkampf gerne ausgeschlachtet wird, die Studierenden über die tatsächliche Meinung ihrer „Vertreter“ bislang aber kaum bescheid wissen können.